

# Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung

am Dienstag, dem 26.09.2017

im Ratssaal

<b>Beginn:</b> 17:00 Uhr	<b>Ende:</b> 20:35 Uhr
--------------------------	------------------------

## Anwesend:

### Stadtpräsidentin

	Frau Anna-Katharina Schättiger
--	--------------------------------

### Ratsfrau / Ratsherr

	Herr Volker Andresen
	Frau Helga Bühse
	Herr Peter Cleve
	Frau Franka Dannheiser
	Herr Bernd Delfs
	Frau Britta Einfeldt
ab TOP 13.	Herr Wolf Rüdiger Fehrs
	Herr Sebastian Fricke
	Herr Jörg Goldkamp
	Herr Klaus Grassau
	Herr Jonny Griese
	Herr Wolf-Werner Haake
ab TOP 27.	Herr Hauke Hahn
	Frau Esther Hartmann
	Herr Andreas Hering
	Herr Arno Jahner
	Herr Claus-Rudolf Johna
	Herr Ralf Ketelhut
	Frau Sighild Klamt
	Herr Thorsten Klimm
ab TOP 2.	Herr Andreas Kluckhuhn
	Herr Thomas Krampfer
	Frau Sabine Krebs
	Herr Jan Hinrich Köster
	Herr Gerd Kühl
	Herr Gerhard Lassen
	Frau Marianne Lingelbach
	Frau Ilse Milkert
	Herr Refik Mor
	Herr Mark Michael Proch
	Herr Reinhard Ruge
	Herr Michael Schaarschmidt
	Herr Oliver Schlemmer
	Herr Karsten Schröder
	Frau Babett Schwede-Oldehus

	Herr Jörn Seib
	Frau Heidemarie Stephan
	Herr Hans Heinrich Voigt
	Frau Sandra Weiß
	Herr Axel Westphal
	Herr Manfred Zielke
	Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

**Außerdem anwesend**

Oberbürgermeister	Herr Dr. Olaf Taurus
Erster Stadtrat	Herr Carsten Hillgruber
Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Stadtrat	Herr Thorsten Kubiak

**Von der Verwaltung**

Referent für Öffentlichkeitsarbeit	Herr Stephan Beitz
Fachdienst -30	Frau Bettina Krull
Fachdienst -60	Herr Ralf-Josef Schnittker
Fachdienst -61	Frau Ute Spieler
Fachdienst -20	Herr Hans-Günter Szislo
Personalrat	Herr Lennart Grabandt
Personalratsvorsitzende	Frau Sabine Heidebrecht-Rüge
Gleichstellungsbeauftragte	Frau Michaela Zöllner
Protokollführer	Herr Holger Krüger
Protokollführerin	Frau Heike Allmann

Bis zu 3 Vertreter der Presse und der Offene Kanal, Kiel

Bis zu 37 ZuhörerInnen

**Tagesordnung:**

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 26.09.2017
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 18.07.2017
5.	Information über die am 18.07.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
8.	Einwohnerfragestunde
9.	Aktuelle Stunde
10.	Anfragen
11.	Anträge
11.1.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD betr. Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" Vorlage: 0394/2013/An
11.2.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gespräch über Missstände bei der Deutschen Bahn Vorlage: 0392/2013/An
11.3.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BfB betr. Stadtteilrahmenpläne Vorlage: 0393/2013/An
11.4.	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzept für Kunst im öffentlichen Raum Vorlage: 0395/2013/An
11.5.	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Übernahme der Kosten des Schulträgers durch das Land bei Umstellung der Gymnasien von G8 auf G9 Vorlage: 0396/2013/An
11.6.	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Ausschussumbesetzung Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0389/2013/An
11.7.	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Mahnmal für Opfer von Ausländergewalt Vorlage: 0390/2013/An
11.8.	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Situation der Spielplätze in Neumünster Vorlage: 0391/2013/An

11.9.	Antrag des Stadtteilbeirats Wittorf betr. Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches im April 1945 Vorlage: 0397/2013/An
11.10	Dringlichkeitsantrag der der SPD-Ratsfraktion betr. Ausschussumbesetzung Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0398/2013/An
12.	Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 0969/2013/DS
13.	1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 Vorlage: 1012/2013/DS
14.	Jahresabschluss und Lagebericht 2015 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 1055/2013/DS
15.	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2016 und 2017 nach § 95 d GO i. V. m. § 4 der Haushaltssatzung und § 16 der Hauptsatzung Vorlage: 1050/2013/DS
16.	Leistung von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO i. V. m. § 4 der Haushaltssatzung und § 16 der Hauptsatzung im Finanzplan 2017 Vorlage: 1058/2013/DS
17.	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2017 nach § 95 d GO - Personalaufstockung im Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD 52) - Vorlage: 1073/2013/DS
18.	Städtische Beteiligungen: Jahresabschlüsse 2016 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 1056/2013/DS
19.	Neubemessung der erforderlichen Kapazitäten im Rettungsdienst Vorlage: 1046/2013/DS
20.	Schulentwicklungsplanung (SEP) hier: Einrichtung eines Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung Vorlage: 1054/2013/DS
21.	Zuschuss für den Verein "Freies Radio Neumünster e.V." als Defizitförderung Vorlage: 1074/2013/DS
22.	Zuschuss für den Verein „Neumünsteraner Tafel e.V.“ als Defizitförderung Vorlage: 1078/2013/DS
23.	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Erstes Teilergebnis der Organisationsuntersuchung und sich ergebende Maßnahmen Vorlage: 1042/2013/DS

24.	Gesetzeskonforme Aufgabenwahrnehmung in der Arbeitsgruppe Veterinär- und Lebensmittelaufsicht des Fachdienstes Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Ergebnis der erfolgten Organisationsuntersuchung - Maßnahmen Vorlage: 1066/2013/DS
25.	Der Ratsversammlung wird gemäß § 55 Abs. 3 LVwG der Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen 2018 zur Beratung vorgelegt. Vorlage: 1068/2013/DS
26.	Brandschutzmaßnahmen an diversen Schulen - Freigabe von Haushaltsmitteln Vorlage: 1047/2013/DS
27.	Grundschule an der Schwale - Baubeschluss Vorlage: 1048/2013/DS
28.	Timm-Kröger-Schule - Erweiterung zur offenen Ganztagschule Vorlage: 1049/2013/DS
29.	Erweiterung Hans-Böckler-Schule Vorlage: 1051/2013/DS
30.	Erneuerung der Fußgängerbrücke Störwiesen (Bauwerk 6-17) über die Stör hier: Baubeschluss Vorlage: 1065/2013/DS
31.	Erneuerung der Fußgängerbrücke Krogredder (Bauwerk 6-22) über die Stör hier: Baubeschluss Vorlage: 1067/2013/DS
32.	Monitoring für großflächige Einzelhandelsstandorte - Billigung der konzeptionellen Grundlage Vorlage: 1043/2013/DS
33.	Bericht zur Besetzung der zusätzlichen Planstellen gemäß 1. Nachtragsstellenplan 2016 und Stellenplan 2017/18 Vorlage: 0488/2013/MV
34.	Evaluationsbericht zum Projekt "Kommunaler Ordnungs- und Verkehrsdienst" Vorlage: 0487/2013/MV
35.	Wilhelm-Tanck-Schule - Erweiterung Antrag der SPD-Rathausfraktion vom 09.03.2017 und Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 19.05.2017 Vorlage: 0479/2013/MV
36.	Dringliche Vorlagen
36.1.	Freigabe des Haushaltsansatzes im Investitionshaushalt für den Bau eines Kunstrasenplatzes im Städtischen Stadion Vorlage: 1084/2013/DS

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

**Beschluss:**

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem TOP 37. „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 13.06.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ bisher keine weiteren Tagesordnungspunkte identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Es liegt eine **Dringlichkeitsvorlage zum Ankauf mehrerer insgesamt rd. 30,45 ha großer Grundstücke im Bereich der „Messeachse“ vor (1077/2013/DS)**.

Für diese Vorlage liegt ein Grund für den Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vor, da es sich um eine Grundstücksangelegenheit handelt.

Vorbehaltlich der Bestätigung der Dringlichkeit unter TOP 3. ist vorgesehen, die Vorlage dann **als TOP 39. im nicht öffentlichen Teil der Sitzung** zu behandeln.

Es liegt eine weitere **Dringlichkeitsvorlage zum Verkauf eines Grundstückes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 116 „Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung“ vor (1086/2013/DS)**.

Auch für diese Drucksache liegt ein Grund für den Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vor, da es sich um eine Grundstücksangelegenheit handelt.

Vorbehaltlich der Bestätigung der Dringlichkeit unter TOP 3. ist vorgesehen, die Vorlage dann **als TOP 40. im nicht öffentlichen Teil der Sitzung** zu behandeln.

Es wird einstimmig beschlossen, die TOPs 37., 39. und 40. unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Der TOP 38. ist für Mitteilungen vorgesehen.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 26.09.2017
-----	--

**Beschluss:**

**Versandt bzw. verteilt wurden:**

- **Dringlichkeitsantrag der SPD-Ratsfraktion**  
- betr. Besetzung Sozial- und Gesundheitsausschuss
- **Dringlichkeitsvorlage: DS 1086/2013**  
- Verkauf eines Grundstückes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 116 „Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung“
- **Dringlichkeitsvorlage: DS 1077/2013**  
- Ankauf mehrerer insgesamt rd. 30,45 ha große Grundstücke im Bereich der Messeachse
- **Dringlichkeitsvorlage: DS 1084/2013**  
- Freigabe des Haushaltsansatzes im Investitionshaushalt für den Bau eines Kunstrasenplatzes im Städtischen Station

**Zu TOP 11.3: 0393/2013/An**

- Neufassung, jetzt gemeinsamer Antrag CDU und BfB

**Zu TOP 11.9: 0397/2013/An**

- Auszug der Niederschrift StB Wittorf vom 19.07.2017

**Zu TOP 13.: DS 1012/2013**

- Veränderungsliste zum Nachtragsentwurf 2017

**Zu TOP 34. 0487/2013/MV**

- Nachtrag des StB Einfeld (Anlage)

**Vorläufige Auszüge aus den Fachausschüssen:**

- **Zu TOP 12. 0969/2013/DS**  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017
- **Zu TOP 13. 1012/2013/DS**  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017
- **Zu TOP 19. 1046/2013/DS**  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017
- **Zu TOP 22. 1078/2013/DS**  
- Sozial- und Gesundheitsausschuss am 13.09.2017
- **Zu TOP 24. 1066/2013/DS**  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017
- **Zu TOP 26. 1047/2013/DS**  
- Schul-, Kultur und Sportausschuss am 14.09.2017
- **Zu TOP 27. 1048/2013/DS**  
- Schul-, Kultur und Sportausschuss am 14.09.2017  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017  
  
- Bau- und Vergabeausschuss am 21.09.2017  
- Aufstellung: Kosten der Erweiterung
- **Zu TOP 28. 1049/2013/DS**  
- Schul-, Kultur und Sportausschuss am 14.09.2017  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017  
- Bau- und Vergabeausschuss am 21.09.2017  
- Aufstellung Kosten der Erweiterung
- **Zu TOP 29. 1051/2013/DS**  
- Schul-, Kultur und Sportausschuss am 14.09.2017  
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 20.09.2017  
- Bau- und Vergabeausschuss am 21.09.2017  
- Aufstellung Kosten der Erweiterung
- **Zu TOP 32. 1043/2013/DS**  
- Planungs- und Umweltausschuss am 14.09.2017
- **Zu TOP 35. 0479/2013/MV**  
- Schul-, Kultur und Sportausschuss am 14.09.2017

Es liegt ein **Dringlichkeitsantrag der SPD-Ratsfraktion zur Besetzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss** vor. Der Ältestenrat hat in seiner gestrigen Sitzung empfohlen, die Dringlichkeit zu bestätigen, damit der Ausschuss schnellstmöglich wieder in Vollbesetzung tagen kann.

Frau Stadtpräsidentin bittet um Abstimmung zur Bestätigung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird einstimmig bestätigt.

**Die Vorlage wird auf der Tagesordnung als TOP 11.10 ergänzt.**

Weiter liegt eine **Dringlichkeitsvorlage zur Freigabe des Haushaltsansatzes im Investitionshaushalt für den Bau eines Kunstrasenplatzes im Städtischen Stadion vor (1084/2013/DS)**.

Die Dringlichkeit ist in der Vorlage begründet.

Frau Stadtpräsidentin bittet um Abstimmung zur Bestätigung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird einstimmig bestätigt.

**Die Vorlage wird auf der Tagesordnung als TOP 36.1 ergänzt.**

Es liegt eine **Dringlichkeitsvorlage zum Ankauf mehrerer insgesamt rd. 30,45 ha großer Grundstücke im Bereich der „Messeachse“ vor (1077/2013/DS)**.

Die Dringlichkeit ist in der Vorlage begründet.

Frau Stadtpräsidentin bittet um Abstimmung zur Bestätigung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird einstimmig bestätigt.

**Die Vorlage wird auf der Tagesordnung als TOP 39. ergänzt.**

Es liegt eine weitere **Dringlichkeitsvorlage zum Verkauf eines Grundstückes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 116 „Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung“ vor (1086/2013/DS)**.

Die Dringlichkeit ist in der Vorlage begründet.

Frau Stadtpräsidentin bittet um Abstimmung zur Bestätigung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird einstimmig bestätigt.

**Die Vorlage wird auf der Tagesordnung als TOP 40. ergänzt.**

Der somit ergänzten Tagesordnung wird sodann einstimmig zugestimmt, wobei die TOPs 37. bis 40. unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 18.07.2017
-----	---

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht vorgebracht.

5 .	Information über die am 18.07.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Unter TOP 41. wurde auf gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, BfB und FDP der Aufnahme von Verhandlungen zum **Ankauf von Reserve- und Parkplatzflächen für die Holstenhallen Neumünster GmbH** zugestimmt. Ferner wurde beschlossen, dass die Verwaltung den Planungs- und Umweltausschuss regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert.

Unter TOP 42. wurde der **Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen** zugestimmt.

Unter TOP 43. wurde dem **Verkauf eines Grundstückes im Bereich des B-Planes 116 (Industriegebiet Süd)** zugestimmt.

Bei TOP 44. ging es um **Mitteilungen**, zu denen keine Beschlüsse gefasst wurden.

Unter TOP 45. wurde zugestimmt, die **Nutzungsvereinbarung mit dem Verein Openhaart e.V. für die städtische Liegenschaft Slevogtstraße 31** nicht zu ändern. Der Antrag, dem Verein einen **Zuschuss zur Zahlung von Betriebs- und Nebenkosten** zu gewähren, wurde abgelehnt. Gleichmaßen wurde ein Ergänzungsantrag, bei dem es um die **konzeptionelle Ausrichtung und die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Vereins** ging, abgelehnt.

Im Übrigen wurden keine weiteren Beschlüsse gefasst.

6 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Dr. Olaf Tauras weist auf die zum 28.04.2017 in Kraft getretene Landesverordnung über Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechtes (KUVVO) hin. Er stellt fest, dass die Regionalen Bildungszentren nicht betroffen sind, da sie unter das Schulgesetz fallen und erläutert die Auswirkungen auf das Kiek in! (AöR). Die Verwaltung plant, zur Ratsversammlung im November eine Vorlage zur Satzungsänderung des Kiek in! (AöR) vorzulegen.

7 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger informiert darüber, dass die für den 10.10. als Eventualtermin geplante Ratsversammlung nicht stattfinden, die Sitzung der Ratsversammlung am 12.12. aber stattfinden wird.  
Da wegen der Erneuerung der Klimaanlage der Ratssaal für die Sitzungen am 21.11. und 12.12.2017, ggf. auch länger, nicht zur Verfügung steht, werden derzeit alternative Tagungsorte geprüft.

8 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Anfragen vor.

9 .	Aktuelle Stunde
-----	-----------------

Es liegen keine Anträge zur „Aktuellen Stunde“ vor.

10 .	Anfragen
------	----------

Anfragen liegen nicht vor.

11 .	Anträge
11.1 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD betr. Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" Vorlage: 0394/2013/An

**Beschluss:**

Ratsfrau Stephan bringt den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von SPD und CDU ein und begründet ihn.

Ratsfrau Bühse erläutert, eine Mitgliedschaft der Stadt Neumünster versprache zusätzliche Impulse und wertvolle Unterstützungsleistungen für die Naturschutzarbeit vor Ort.

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung (Ratsherr Griese) einstimmig zugestimmt.

11.2 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gespräch über Missstände bei der Deutschen Bahn Vorlage: 0392/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsfrau Bühse bringt den Antrag der CDU-Ratsfraktion ein und begründet ihn.

Ratsherr Klimm stimmt den Ausführungen zu und teilt mit, er habe in dieser Angelegenheit bereits Kontakt zu der Konzernbevollmächtigten der DB aufgenommen und am 26.09. die Rückmeldung erhalten, die Maßnahmen zur Taubenvergrämung seien zwischenzeitlich durchgeführt und die Bauarbeiten am Tunnel würden bis Ende Dezember abgeschlossen. Eine schriftliche Stellungnahme der DB zum Stand der Renovierungsmaßnahmen sei avisiert.

Im Zuge der anschließenden ausführlichen Diskussion sind sich die Beteiligten einig, dem Zustand an Bahnhof und ZOB müsse abgeholfen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras erläutert, im Rahmen der Vorberatung zur Städtebauförderung würde eine Förderung für verschiedene Maßnahmen im Bahnhofsumfeld geprüft. Er teilt mit, auch die Planungen für die Einrichtung einer Fahrradstation am Bahnhof machten Fortschritte.

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung (Ratsherr Griese) einstimmig zugestimmt.

11.3 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BfB betr. Stadtteilrahmenpläne Vorlage: 0393/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Ratsfrau Bühse bringt den gemeinsamen Antrag für die CDU- und BfB-Ratsfraktionen ein und begründet ihn.

Ratsherr Westphal bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet ihn. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.3 beigelegt.

Es folgt eine kontroverse Diskussion.

Sodann wird dem Änderungsantrag mit 22 zu 19 Stimmen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		13	
SPD	14		
Die Grünen	5		
BfB		3	
FDP	2		
Ratsherr Cleve		1	
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	22	19	

Anschließend wird dem Antrag in der geänderten Fassung einstimmig zugestimmt.

11.4 .	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzept für Kunst im öffentlichen Raum Vorlage: 0395/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er stellt fest, die SPD-Ratsfraktion sei einverstanden, den Ergänzungsantrag der CDU-Ratsfraktion in den eigenen Antrag zu übernehmen, vorausgesetzt es würde der Wortlaut „Darüber hinaus...“ an den Anfang des ersten Satzes gestellt.

Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ein und begründet ihn. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.4 beigelegt.

Sie stimmt dem Vorschlag des Ratsherrn Delfs zu.

Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wird somit von der SPD-Ratsfraktion übernommen.

Ratsherr Krampfer äußert Bedenken bezüglich des Antrags der SPD-Ratsfraktion. Er mahnt, Kunst könne sich Reglementierungen nicht unterwerfen, Kunst sei frei.

Ratsherr Ruge schließt sich dem Gesagten seines Vorredners an, stellt für die FDP-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion und begründet ihn. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 2 zu TOP 11.4 beigelegt.

Der Ergänzungsantrag der FDP-Ratsfraktion wird mit 22 zu 19 Stimmen abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	7	6	
SPD		14	
Die Grünen	5		
BfB	2	1	
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	19	22	

Nachfolgend wird dem modifizierten Antrag zu TOP 11.4 mit 38 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		
SPD	14		
Die Grünen	4	1	
BfB	3		
FDP			2
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	38	1	2

11.5 .	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Übernahme der Kosten des Schulträgers durch das Land bei Umstellung der Gymnasien von G8 auf G9 Vorlage: 0396/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Der Antrag wird intensiv diskutiert.

Auf Bitte von Ratsherrn Ruge um eine Einschätzung zu den bei einem Rückwechsel zu G 9 entstehenden Kosten, erläutert Herr 1. Stadtrat Hillgruber, er könne diese Frage derzeit nicht beantworten, halte es aber für durchaus möglich, dass Kosten auf die Stadt

Neumünster zukämen, da durch den Wechsel zu G9 mit mehr Klassen zu rechnen sei. Er suche den Kontakt zur Landesregierung, um hierzu Klarheit zu erhalten.

Sodann wird dem Antrag mit 2 Nein-Stimmen (FDP) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

11.6 .	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Ausschussumbesetzung Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0389/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Frau Stadtpräsidentin stellt fest, unter Punkt 1. des Antrags sei vorgeschlagen, anstelle des bürgerschaftlichen Mitgliedes Sami Inci das Ratsmitglied Hans Heinrich Voigt in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu wählen und ihn entsprechend Punkt 2. des Antrags, zum Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschuss zu wählen. Die Wahlgänge sind getrennt vorzunehmen.

Dem Vorschlag zu Punkt 1., Ratsherrn Hans Heinrich Voigt in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu wählen, wird einstimmig zugestimmt.  
Somit ist Ratsherr Hans Heinrich Voigt in den Sozial- und Gesundheitsausschuss gewählt.

Anschließend wird, entsprechend Punkt 2., der Wahl von Ratsherrn Hans Heinrich Voigt zum Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses bei einer Enthaltung (aus den Reihen der CDU-Ratsfraktion) im Übrigen einstimmig zugestimmt.  
Somit ist Ratsherr Hans Heinrich Voigt zum Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses gewählt.

11.7 .	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Mahnmal für Opfer von Ausländergewalt Vorlage: 0390/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Ruge erwidert, es sei stillos, würdelos und schamlos die Opfer von Ausländerkriminalität mit den Opfern des Nationalsozialismus zu vergleichen.  
Der Antrag sei abzulehnen.

Antrag wird sodann mit einer Ja-Stimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig abgelehnt.

11.8 .	Antrag des Ratsherr Proch, NPD betr. Situation der Spielplätze in Neumünster Vorlage: 0391/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Stadtrat Kubiak erläutert, seitens der Stadt würden regelmäßige Kontrollen zur Feststellung des Reparaturbedarfs der Spielplätze durchgeführt. Würden bei diesen Überprüfungen Beanstandungen festgestellt, komme es anschließend zur Beauftragung der Instandsetzung. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Sodann wird der Antrag mit einer Ja-Stimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig abgelehnt.

11.9 .	Antrag des Stadtteilbeirats Wittorf betr. Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches im April 1945 Vorlage: 0397/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsfrau Krebs, Vorsitzende des Stadtteilbeirats Wittorf, bringt den Antrag des Stadtteilbeirats ein und begründet ihn.

Ratsherr Andresen stimmt dem Antrag ausdrücklich zu. Er mahnt, es sei wichtig, in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, eine Kultur des Nicht- Vergessens auch weiterhin zu pflegen.

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung (Ratsherr Proch) einstimmig zugestimmt.

11.10 .	Dringlichkeitsantrag der der SPD-Ratsfraktion betr. Ausschussumbesetzung Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0398/2013/An
---------	--

**Beschluss:**

Die Dringlichkeit der Vorlage wurde unter TOP 3. bestätigt.

Ratsherr Andresen bringt den Antrag für die SPD-Ratsfraktion ein und erklärt, er lege seinen Sitz im Sozial- und Gesundheitsausschuss mit Wirkung zum 15.09.2017 nieder. Er schlägt der Ratsversammlung vor, Herrn Sami Inci als neues Ausschussmitglied zu wählen.

Der Wahl von Herrn Sami Inci als Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss wird bei einer Enthaltung (Ratsherr Proch) einstimmig zugestimmt.

Somit ist Herr Sami Inci als bürgerschaftliches Mitglied in den Sozial- und Gesundheitsausschuss gewählt.

**Die Ratsversammlung wird um 18.35 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 18.55 Uhr fortgesetzt.**

12 .	Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 0969/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Ratsherr Schaarschmidt als Vertreter des Ausschussvorsitzenden des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses bringt einen Ergänzungsantrag ein, wie er so auch im Ausschuss beschlossen wurde.

Der Antragstext lautet:

„Die Verwaltung legt dem Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss innerhalb der nächsten 6 Monate eine Darstellung der Kalkulationsgrundlage und –verfahren vor.“

Dem Ergänzungsantrag wird bei 2 Enthaltungen (aus den Reihen der Ratsfraktion Die Grünen) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage in der somit ergänzten Fassung bei einer Enthaltung (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

13 .	1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 Vorlage: 1012/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Als Anlage zur Vorlage wurde eine Veränderungsliste zum 1. Nachtragsentwurf 2017 nachgereicht.

Herr Stadtrat Dörflinger stellt die wesentlichen Eckpunkte des Nachtragshaushaltes 2017 vor und erläutert diese.

Ratsherr Kluckhuhn dankt Herrn Dörflinger für die ausführliche Berichterstattung und erklärt, Voraussetzung für die Zustimmung der SPD-Ratsfraktion sei, dass Mittel für die Sanierung des Daches der Werkhalle (siehe auch Anlage 3 Nr. 8) zur Verfügung stünden und die Sanierung umgesetzt würde.

Alsdann wird der Vorlage inklusive der Veränderungsliste einstimmig zugestimmt.

14 .	Jahresabschluss und Lagebericht 2015 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 1055/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

15 .	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2016 und 2017 nach § 95 d GO i. V. m. § 4 der Haushaltssatzung und § 16 der Hauptsatzung Vorlage: 1050/2013/DS
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

16 .	Leistung von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO i. V. m. § 4 der Haushaltssatzung und § 16 der Hauptsatzung im Finanzplan 2017 Vorlage: 1058/2013/DS
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

17 .	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2017 nach § 95 d GO - Personalaufstockung im Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD 52) - Vorlage: 1073/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

18 .	Städtische Beteiligungen: Jahresabschlüsse 2016 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 1056/2013/DS
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

19 .	Neubemessung der erforderlichen Kapazitäten im Rettungsdienst Vorlage: 1046/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

20 .	Schulentwicklungsplanung (SEP) hier: Einrichtung eines Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung Vorlage: 1054/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger stellt fest, dass die Ratsherren Mor und Cleve nicht an der Abstimmung teilgenommen haben.

21 .	Zuschuss für den Verein "Freies Radio Neumünster e.V." als Defizitförderung Vorlage: 1074/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Proch zeigt sich erstaunt darüber, dass ein Zuschuss gewährt werden soll, da die Stadt nicht zur Kostenübernahme verpflichtet sei.

Sodann wird der Vorlage bei einer Gegenstimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

22 .	Zuschuss für den Verein „Neumünsteraner Tafel e.V.“ als Defizitförderung Vorlage: 1078/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras bedankt sich bei der Leiterin der Tafel, Frau Arpe, für die wertvolle, bisher für Neumünster geleistete Arbeit. Er betont, die Tafel habe noch nie einen Zuschuss in Anspruch genommen. Im vorliegenden Fall sei der Zuschuss zu befürworten. Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras bittet um Zustimmung zur Vorlage

Die Ratsherren Voigt, Andresen und Proch schließen sich dem Gesagten an.

Der Vorlage wird sodann einstimmig zugestimmt.

23 .	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Erstes Teilergebnis der Organisationsuntersuchung und sich ergebende Maßnahmen Vorlage: 1042/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

24 .	Gesetzeskonforme Aufgabenwahrnehmung in der Arbeitsgruppe Veterinär- und Lebensmittelaufsicht des Fachdienstes Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Ergebnis der erfolgten Organisationsuntersuchung - Maßnahmen Vorlage: 1066/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

25 .	Der Ratsversammlung wird gemäß § 55 Abs. 3 LVwG der Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen 2018 zur Beratung vorgelegt. Vorlage: 1068/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird mit bei 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung im Übrigen einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	14		
SPD	14		
Die Grünen	1	3	1
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese			1
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	37	3	2

26 .	Brandschutzmaßnahmen an diversen Schulen - Freigabe von Haushaltsmitteln Vorlage: 1047/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

27 .	Grundschule an der Schwale - Baubeschluss Vorlage: 1048/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Auf Anregung des Ältestenrats werden die TOPs 27., 28. und 29. zusammen beraten und im Anschluss an die Beratung jeweils getrennt abgestimmt.

Ratsherr Delfs als Ausschussvorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (SKSA) stellt fest, der Schulträger stemme einen gewaltigen Kraftakt mit den 3 Baumaßnahmen, die insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 21 Mio. Euro darstellen. Seines Erachtens gehöre aber die nun entstandene Diskussion zur Bauweise nicht in den SKSA, jetzt müsse schnell gebaut werden.

Ratsherr Kluckhuhn als Ausschussvorsitzender des Bau- und Vergabeausschusses, bringt einen Ergänzungsantrag ein, wie er so auch im Ausschuss beschlossen wurde. Der Antragstext lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss) mit der Maßgabe die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Modulbauweise auszusprechen.“

Er erläutert, damit solle ohne Zeitverzögerung im laufenden Verfahren im Rahmen des Vergabeverfahrens zusätzlich die Möglichkeit zur Realisierung in Modulbauweise eröffnet werden.

Ratsfrau Dannheiser ergänzt, dass bei der Beschlussfassung des Bau- und Vergabeausschusses auch das Wort „vorliegende“ vor dem Wort „Planung“ ergänzt wurde.

Somit lautet der Beschlusstext „Der vorliegenden Planung zum Neubau der Grundschule an der Schwale wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss) mit der Maßgabe die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Modulbauweise auszuschreiben.“

Dieser Antrag soll sinngemäß auch für die TOPs 28. und 29. gelten.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion betont Herr Stadtrat Kubiak, die Verwaltung würde immer die Wirtschaftlichkeit einer Bauweise prüfen.

Bezüglich der Umsetzung des vorliegenden Änderungsantrags stellt Herr Stadtrat Kubiak fest, in einem ersten Schritt sei die Vergabepflicht einzuschalten, um eine fehlerfreie Abwicklung des so beschlossenen Vergabeverfahrens sicherzustellen.

Im Hinblick auf zukünftige Bauten regt Herr Stadtrat Kubiak an, das Gespräch mit Vertretern der Bauindustrie zu suchen, um die Modulbauweise erläutern zu lassen.

Ratsherr Kühl bemängelt, ihm fehle die Transparenz im Gespräch mit der Bauverwaltung. Mit der Selbstverwaltung habe keine Erörterung über die Bauweise stattgefunden. Die Bauverwaltung möge mit den Ausschüssen ins Gespräch kommen und sich über Lösungsansätze verständigen.

Dem Änderungsantrag wird bei 5 Nein-Stimmen (Die Grünen) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage in der somit ergänzten Fassung einstimmig zugestimmt.

28 .	Timm-Kröger-Schule - Erweiterung zur offenen Ganztagschule Vorlage: 1049/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Auf Anregung des Ältestenrats werden die TOPs 27., 28. und 29. zusammen beraten und im Anschluss an die Beratung jeweils getrennt abgestimmt.

Ratsherr Delfs als Ausschussvorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (SKSA) stellt fest, der Schulträger stemme einen gewaltigen Kraftakt mit den 3 Baumaßnahmen, die insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 21 Mio. Euro darstellen. Seines Erachtens gehöre aber die nun entstandene Diskussion zur Bauweise nicht in den SKSA, jetzt müsse schnell gebaut werden.

Ratsherr Kluckhuhn als Ausschussvorsitzender des Bau- und Vergabeausschusses, bringt einen Ergänzungsantrag ein, wie er so auch im Ausschuss beschlossen wurde. Der Antragstext lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss) mit der Maßgabe die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Modulbauweise auszu-schreiben.“

Er erläutert, damit solle ohne Zeitverzögerung im laufenden Verfahren im Rahmen des Vergabeverfahrens zusätzlich die Möglichkeit zur Realisierung in Modulbauweise eröffnet werden.

Ratsfrau Dannheiser ergänzt, dass bei der Beschlussfassung des Bau- und Vergabeaus-schusses auch das Wort „vorliegende“ vor dem Wort „Planung“ ergänzt wurde.

Der zu TOP 27. gestellte Antrag soll sinngemäß auch für die TOPs 28. und 29. gelten. Bezogen auf die Timm-Kröger-Schule lautet der Beschlusstext somit:

- „1. Der vorliegenden Planung (Anlage) zum Ausbau der Timm-Kröger-Schule zur offenen Ganztagschule wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Baumaßnahme beauftragt (Baubeschluss) mit der Maßgabe, die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Modulbauweise auszuschreiben.
2. Die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Baumaßnahme werden freigegeben.
3. Die zusätzlichen Haushaltsmittel von 1.091.500 € für das erweiterte Raumprogramm und die zu erwartenden Preissteigerungen werden überplanmäßig im Haushalt 2018/2019 bereitgestellt.“

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion betont Herr Stadtrat Kubiak, die Verwaltung würde immer die Wirtschaftlichkeit einer Bauweise prüfen.

Bezüglich der Umsetzung des vorliegenden Änderungsantrags stellt Herr Stadtrat Kubiak fest, in einem ersten Schritt sei die Vergabeprüfstelle einzuschalten, um eine fehlerfreie Abwicklung des so beschlossenen Vergabeverfahrens sicherzustellen.

Im Hinblick auf zukünftige Bauten regt Herr Stadtrat Kubiak an, das Gespräch mit Vertretern der Bauindustrie zu suchen, um die Modulbauweise erläutern zu lassen.

Ratsherr Kühl bemängelt, ihm fehle die Transparenz im Gespräch mit der Bauverwaltung. Mit der Selbstverwaltung habe keine Erörterung über die Bauweise stattgefunden. Die Bauverwaltung möge mit den Ausschüssen ins Gespräch kommen und sich über Lösungsansätze verständigen.

Dem Änderungsantrag wird bei 5 Nein-Stimmen (Die Grünen) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage in der somit ergänzten Fassung einstimmig zugestimmt.

29 .	Erweiterung Hans-Böckler-Schule Vorlage: 1051/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Auf Anregung des Ältestenrats werden die TOPs 27., 28. und 29. zusammen beraten und im Anschluss an die Beratung jeweils getrennt abgestimmt.

Ratsherr Delfs als Ausschussvorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (SKSA) stellt fest, der Schulträger stemme einen gewaltigen Kraftakt mit den 3 Baumaßnahmen, die insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 21 Mio. Euro darstellen. Seines Erachtens gehöre aber die nun entstandene Diskussion zur Bauweise nicht in den SKSA, jetzt müsse schnell gebaut werden.

Ratsherr Kluckhuhn als Ausschussvorsitzender des Bau- und Vergabeausschusses, bringt einen Ergänzungsantrag ein, wie er so auch im Ausschuss beschlossen wurde. Der Antragstext lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss) mit der Maßgabe die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Modulbauweise auszu-schreiben.“

Er erläutert, damit solle ohne Zeitverzögerung im laufenden Verfahren im Rahmen des Vergabeverfahrens zusätzlich die Möglichkeit zur Realisierung in Modulbauweise eröffnet werden.

Ratsfrau Dannheiser ergänzt, dass bei der Beschlussfassung des Bau- und Vergabeaus-schusses auch das Wort „vorliegende“ vor dem Wort „Planung“ ergänzt wurde.

Der zu TOP 27. gestellte Antrag soll sinngemäß auch für die TOPs 28. und 29. gelten. Bezogen auf die Hans-Böckler-Schule lautet der Beschlusstext somit:

„1. Der vorliegenden Planung (Anlage) zur Erweiterung der Hans-Böckler-Schule wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahmen umzusetzen (Baube-schluss) mit der Maßgabe, die beschlossene Planung auch als Alternativposition für Mo-dulbauweise auszuschreiben.

2. Die Haushaltsmittel für die Durchführung der Baumaßnahme werden freigegeben.

3. Die zusätzlichen Haushaltsmittel von 1.371.000 € für das erweiterte Raumprogramm und die spätere Umsetzung in 2017 – 2020 werden überplanmäßig in den Folgejahren bereitgestellt.“

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion betont Herr Stadtrat Kubiak, die Verwal-tung würde immer die Wirtschaftlichkeit einer Bauweise prüfen.

Bezüglich der Umsetzung des vorliegenden Änderungsantrags stellt Herr Stadtrat Kubiak fest, in einem ersten Schritt sei die Vergabeprüfstelle einzuschalten, um eine fehlerfreie Abwicklung des so beschlossenen Vergabeverfahrens sicherzustellen.

Im Hinblick auf zukünftige Bauten regt Herr Stadtrat Kubiak an, das Gespräch mit Vertre-tern der Bauindustrie zu suchen, um die Modulbauweise erläutern zu lassen.

Ratsherr Kühl bemängelt, ihm fehle die Transparenz im Gespräch mit der Bauverwaltung. Mit der Selbstverwaltung habe keine Erörterung über die Bauweise stattgefunden. Die Bauverwaltung möge mit den Ausschüssen ins Gespräch kommen und sich über Lö-sungsansätze verständigen.

Dem Änderungsantrag wird bei 5 Nein-Stimmen (Die Grünen) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage in der somit ergänzten Fassung einstimmig zugestimmt.

30 .	Erneuerung der Fußgängerbrücke Störwiesen (Bauwerk 6-17) über die Stör hier: Baubeschluss Vorlage: 1065/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

31 .	Erneuerung der Fußgängerbrücke Krogredder (Bauwerk 6-22) über die Stör hier: Baubeschluss Vorlage: 1067/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

32 .	Monitoring für großflächige Einzelhandelsstandorte - Billigung der konzeptionellen Grundlage Vorlage: 1043/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Westphal, Ausschussvorsitzender des Planungs- und Umweltausschusses, bringt den Änderungsantrag ein, wie er so auch im Ausschuss beschlossen wurde.

Der Antragstext lautet:

„Der Planungs- und Umweltausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet um Vorlage eines Monitoring- Konzeptes.“

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage in der somit ergänzten Fassung einstimmig zugestimmt.

33 .	Bericht zur Besetzung der zusätzlichen Planstellen gemäß 1. Nachtragsstellenplan 2016 und Stellenplan 2017/18 Vorlage: 0488/2013/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

34 .	Evaluationsbericht zum Projekt "Kommunaler Ordnungs- und Verkehrsdienst" Vorlage: 0487/2013/MV
------	---

Ratsherr Johna dankt der Verwaltung für die Erstellung dieses eindrucksvollen Evaluationsberichts und betont, dieser zeige, es sei richtig gewesen, den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) einzuführen. Offensichtlich habe die Stadt Neumünster auch das „richtige“ Personal für die Stellen gefunden. Jetzt sei es wichtig, diese Stellen zu entfristen.

Ratsherr Ketelhut stimmt dem Gesagten zu, weist aber darauf hin, die Aufgaben des KOD lägen im Grenzbereich zur eigentlichen Polizeiarbeit. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass das Land sich aus diesem Aufgabenbereich zurückziehe und die Kommunen einspringen müssten.

Nachfolgend kritisiert Ratsherr Ketelhut, die kritische Stellungnahme zur Arbeit des KOD aus dem Stadtteilbeirat Einfeld, habe keinen Eingang in den Evaluationsbericht gefunden und sei erst zur heutigen Sitzung nachgereicht worden.

In der anschließenden Diskussion wird u. a. die Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei kritisch hinterfragt.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

35 .	Wilhelm-Tanck-Schule - Erweiterung Antrag der SPD-Rathausfraktion vom 09.03.2017 und Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 19.05.2017 Vorlage: 0479/2013/MV
------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Delfs, Ausschussvorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses, bringt einen Änderungsantrag ein, wie er so zuvor im Ausschuss beschlossen wurde.

Der Antragstext lautet:

1. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die weitere Beratung und Planung ist es notwendig Aussagen zur möglichen Barrierefreiheit (Kostenaufstellung) in den betroffenen Gebäuden und zur möglichen Bezuschussung der einzelnen Maßnahmen zu erhalten. Die Verwaltung wird gebeten, diese Information schnellstmöglich vorzulegen.

Ratsfrau Einfeldt äußert sich kritisch zur Vorlage der Verwaltung. Sie moniert, dass obwohl in den Anträgen der Ratsfraktionen von SPD und CDU konkrete Fragen gestellt seien, die Rückmeldung der Bauverwaltung wenig aufschlussreich sei, lediglich unkonkrete Zahlen beinhalte und keine klaren Antworten gebe.

Stadtrat Kubiak erläutert die Vorgehensweise zur Hochrechnung der Baukosten anhand statistischer Kostenwerte nach Baukostenindex. Er sagt zu, die Bauverwaltung reiche eine Empfehlung zur wirtschaftlich sinnvollsten Vorgehensweise nach. Weiter stellt Stadtrat Kubiak fest, eine Gegenfinanzierung der investiven Kosten durch eine Vermietung oder den Verkauf der Helene-Lange-Schule sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Sicht.

Ratsherr Delfs bringt ein, Kenntnis von einem Interessenten für die Anmietung der Helene-Lange-Schule zu haben.

Sodann wird dem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

36 .	Dringliche Vorlagen
36.1 .	Freigabe des Haushaltsansatzes im Investitionshaushalt für den Bau eines Kunstrasenplatzes im Städtischen Stadion Vorlage: 1084/2013/DS

**Beschluss:**

Die Dringlichkeit der Vorlage wurde unter TOP 3. bestätigt.

Herr 1. Stadtrat Hillgruber erläutert die Vorlage und ergänzt, im Falle der Freigabe des Haushaltsansatzes würde die Ratsversammlung selbstverständlich über den Ausgang der

Förderanträge informiert. Die Zustimmung zur Vorlage sei nicht als vorgezogene Baugenehmigung zu sehen.

Ratsherr Delfs bittet bei der Planung zu berücksichtigen, dass zusätzlich die Errichtung einer Flutlichtanlage notwendig sei.

Ratsherr Ketelhut plädiert für die Verarbeitung von recyclefähigem Kunstrasen. Weiter stellt er fest, die Freigabe der Mittel für den Bau eines Kunstrasenplatzes bedeute nicht, dass die Vorstände der Neumünsteraner Sportvereine aus der Pflicht entlassen seien, die Konsolidierung im Bereich Sport fortzusetzen. Er bittet Herrn Oberbürgermeister Dr. Tauras die Steuerungsgruppe „Sportentwicklungsplanung“ als Arbeitskreis wiederzubeleben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras sagt dieses gerne zu.

Ratsherr Griese merkt an, ein Kunstrasenplatz benötige intensive Pflege und dieses müsse sichergestellt werden.

Anschließend wird der Vorlage mit 2 Nein-Stimmen (Ratsherr Griese und Ratsherr Mor) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

gez. Anna-Katharina Schättiger  
(Stadtpräsidentin)

gez. Heike Allmann  
(Protokollführerin)